Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Jugendgemeinderats, meine Damen und Herren,

Kaum ein kommunalpolitisches Thema hat in den 5,5 Jahren, die ich jetzt in diesem Gremium dabei sein darf, so viel Interesse ausgelöst wie das Thema Schulentwicklungsplanung. Und kaum ein Thema stand eine solch lange Zeit auf der Tagesordnung, ohne wirklich draufzustehen. Zuerst informell, monatelang jetzt auch formell wurde von den verschiedensten Beteiligten darüber diskutiert. Daraus schließen wir Grünen zum einen, dass die Möglichkeit einen je nach individuellen Fähigkeiten maximalen Bildungserfolg und Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten als eine DER gesamtgesellschaftlichen Hauptaufgaben identifiziert wurde. Das sehen wir genauso.

Es heißt aber auch, dass es beim Thema Schule viele Kundige gibt, sei es aus den Erfahrungen der eigenen Schulzeit, sei es aus den Erfahrungen mit der Bildungskarriere des eigenen Nachwuchses.

Und es bedeutet oft eine große örtliche, emotionale, pädagogische und nicht zuletzt auch gelegentlich weltanschauliche Bindung an einen Schulstandort oder an eine Schulart.

Deshalb war es richtig, einen außenstehenden Dritten in die Diskussion vor Ort hereinzuholen, der nicht eingebunden ist in die hiesigen Strukturen und zuerst mal Grund macht mit Datenmaterial - das ich als 3. Rednerin nicht nochmals nennen muss - also auf einen außenstehenden Dritten, der prognostizierte Entwicklungen mit einbezieht und Vorschläge macht, die auch alteingesessene Standorte mit quasi sakrosanktem Status mit einbeziehen.

Unsere Aufgabe war es dann, diese Vorschläge überein zu bringen mit dem, was wir aus unserer Verortung hier in der Stadt und in ihren Stadtteilen wissen und was wir von den Akteuren an den einzelnen Schulstandorten erfahren und mit ihnen diskutiert haben und wie wir uns die Entwicklung zukünftig vorstellen.

Deshalb gilt an dieser Stelle der ganz besonderer Dank von uns Grünen allen Kollegien und allen engagierten Eltern und ElternbeirätInnen, mit denen wir in Kontakt standen und stehen, die uns angesprochen, angeschrieben oder in der Fraktion aufgesucht haben oder deren Schulleben wir besuchen durften. Wir sind durchweg auf einen hohen Grad an Engagement gestoßen und auf großartigen Einsatz. Umso schwerer fällt dann natürlich eine Entscheidung in einem Prozess, in dem es qua Definition und Aufgabenstellung auch Schulen geben wird, die mit einem anderen Ergebnis herauskommen als erhofft. Was waren unsere Kriterien? –

- in der Großstadt Heilbronn soll es weiterhin alle möglichen Schularten geben, um eine maximale Wahlfreiheit zu gewährleisten.
- Aus allen Ecken Heilbronns sollen alle Schularten in zumutbarer Entfernung erreichbar sein besonders die Grundschulen.
- Kein Teilort sollte ohne Schule sein
- kein noch tauglicher Schulraum soll in Zukunft übrig sein.
- In der Vergangenheit gemacht Zusagen sollten wo möglich eingehalten werden.
- das Ganze soll auch finanziell darstellbar sein.

Irgendwann war klar, dass es im Grunde um eine Rochade geht zwischen den Standorten Gerhard-Hauptmann-Schule, Ludwig-Pfau-Schule, Hauff-Schule und Fritz-Ulrich-Schule, mit Folgen dann für die Elly-Haus Grund und Werkrealschule. Und

dabei war für uns der Grundschulstandort Gerhard-Hauptmann-Schule als sehr gut eingeführter Standort nie zur Disposition gestanden. In einer Phase der Diskussion entstanden ja darüber Irritationen, die aber in den verschiedensten Gesprächen ausgeräumt werden konnten.

Dieses Beispiel zeigt aber, wie schwierig es ist, solch einen Prozess von der Kommunikation her so zu gestalten, dass keine Missverständnisse aufkommen und alle Beteiligten zu jeder Zeit möglichst alle Infos haben. Das ist schlichtweg nicht möglich. Wir bedanken uns bei den zuständigen Damen und Herren in der Verwaltung um Frau BMin Christner, Frau Schüttler, Herrn Weimar und Herrn Winter, die alles gegeben haben, um den Prozess, bei dem man ja im Verlauf auch nicht immer weiß, wie er zu Ende gehen wird, sonst wäre es ja ein reiner "Showprozess", den auch keiner wirklich wollen kann, so transparent wie möglich zu gestalten.

Um auf die GHS zurück zu kommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der Umbauphase, das meine ich jetzt wörtlich und auch im übertragenen Sinne, stets die Wertigkeit der Grundschule anerkannt und beachtet wird. Wir brauchen diesen Standort als funktionierenden und zufriedenen Teil der Grundschullandschaft in Heilbronn. Was die Werkrealschule am Standort betrifft, sind wir nach Abwägung aller Möglichkeiten zu dem Schluss gekommen, den Standort zu Gunsten der Fritz-Ulrich-Gemeinschaftsschule dort aufzugeben. Biregio schlägt ja vor, alle Werkrealschulstandorte aufzulösen, weil diese Schulart nach allen Prognosen keine Zukunft hat. So weit wollen wir im Moment nicht gehen und belassen einige Standorte in Heilbronn, die Rosenauschule, für begrenzte Zeit noch die Wartbergschule die Hauff-Schule und die Albrecht-Dürer- Schule.

Der Standort Gerhard-Hauptmann-Schule eignet sich wegen seiner sehr zentralen Lage und seiner Stadtbahnnähe besonders gut für eine Gemeinschaftsschule mit großem Einzugsbereich. Wie wir von der FUS in Böckingen wissen, kommen 20 % der SchülerInnen dort aus dem Osten der Stadt. Deshalb halten wir eine Verlagerung der Fritz-Ulrich-Schule dorthin für die richtige Maßnahme. Für die westlichen Stadtteile gibt es dann zukünftig die Elly-Gemeinschaftsschule, der wir auf diesem Weg viel Erfolg dafür wünschen.

Was ich hier ganz deutlich sagen möchte ist, dass diese Entscheidung nicht bedeutet, dass wir die bisherige Leistung an der GHS nicht schätzen oder die der Lehrerinnen und Lehrer an den anderen WRS Standorten. Dort wurde sehr engagiert, wir haben das im Bildungsbeirat ja selbst erlebt, mit den jungen Menschen an deren Zukunft gearbeitet. Und dass sich die GHS zuletzt nun auch in Richtung Gemeinschaftsschule entwickeln wollte, lässt uns hoffen, dass einige der engagierten Lehrerinnen und Lehrer weiterhin dort am Standort bleiben und dann an der umgezogenen FUS unterrichten. Das ist auch so eine Krux in der Schulentwicklungsplanung, dass es um geteilte Zuständigkeiten geht, für die Lehrerinnen und Lehrer ist nicht wie für die Gebäude die Stadt zuständig, sondern das Schulamt. Da verstehen wir, dass es bei den Lehrerinnen und Lehrern zu Ängsten und Befürchtungen kommt, was den persönlichen Einsatzort betrifft. Wir appellieren deshalb an alle Beteiligten, möglichst schnell nach heutiger Beschlussfassung individuelle Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Was wir für die GHS im besten Fall nicht zielführend finden, ist der Antrag 2 der CDU-Fraktion, dessen Umsetzung die Verwaltung jetzt leider schon zugesagt hat. Teil 1 können wir nachvollziehen, auch uns ist es wichtig, dass sich Eltern auf städtisches Handeln verlassen können. Nr 2 des Antrags

halten wir für nicht machbar. Warum sollen Kinder die nächsten Jahre mit quasi einer Aufnahmegarantie an dem Standort versehen werden, während der Bauarbeiten dann wieder kompliziert ausgelagert werden, womöglich in zu stellenden Containern, anstatt dass man die frei werdenden räumlichen Kapazitäten nutzt, um vorhandenen Klassen auch aus der Grundschule vorübergehend umlagern zu können? Und was den Elternwillen betrifft: die Eltern können sich auf eine solche Situation ab Morgen einstellen, es gibt in zumutbarer Entfernung mehrere Schulen, die vorübergehend entsprechende Bildungsgänge anbieten, Rosenauschule, Dammrealschule, Wartbergschule und in die Gemeinschaftsschule kann weiterhin die Stadtbahn benutzt werden wie bisher. Falls alle Sticke reißen, ist es allemal sinnvoller, den Transport dorthin bedarfsgerecht zu organisieren als mit aller Gewalt die nächsten Jahre neue SchülerInnen in eine Sekundarstufe aufzunehmen, bei der man noch nicht mal weiß, was es für eine sein wird. Gemeinschaftsschule macht man nicht mal eben so nebenher für eine Klasse. Für uns macht dieser Antrag keinen Sinn, es sei denn, Sie wollen die Umgestaltung verzögern und wir fordern die Verwaltung auf und auch Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dies nochmals zu überdenken.

Ansonsten war der ganze Prozess auch in den verschiedenen Ausschüssen geprägt von einem ich nenne es gepflegten Miteinander. So begrüßen wir es sehr, dass wir keine erneute Grundsatzdebatte über Gemeinschaftsschulen führen. (So steht es in meinem Skript, aber leider haben Sie, Herr Randecker, diese Debatte grundsätzlich schon wieder aufgerufen. Schade). Wir hätten uns gleich eine weitere vorstellen können an der Hauffschule, sehen uns aber wie andere auch im Wort bei der Außenstelle der Dammrealschule an der Ludwig-Pfau-Schule, der bei Gründung die Selbständigkeit zugesagt worden war und

die ja in Zukunft auch zum Hauptschulabschluss führt. Wir begrüßen ganz generell das veränderte Denken weg von bestimmten Schularten hin zu den verschiedenen Abschlüssen.

Für die Hauff-Schule bedeutet die Entwicklung an der Pfau-Schule jetzt erst mal den Status Quo und sicher eine Enttäuschung, die Lehrerinnen und Lehrer haben engagiert ein Konzept erarbeitet, aber die Schulentwicklung ist ja ein Prozess, der regelmäßig neu angesehen werden kann und wir sehen wie gesagt durchaus Kapazitäten für eine weitere Gemeinschaftsschule.

Die Verlagerung der Uhlandschule ist ein weiteres Thema, das natürlich nicht alle gut finden, viele Briefe engagierter Eltern haben uns, sogar noch heute, erreicht. Vielen Dank dafür. Es entspricht unserer Anfrage, dass die Verwaltung das jetzt so plant, dass die Schule langsam in die Staufenbergschule hinüberwächst und alle Kinder, die bisher in die Uhlandschule gehen dort ihre Grundschulzeit zu Ende machen können. Das Ganze ist also ein behutsamer Prozess, und die Staufenbergschule wird nach Auswachsen der WRS sicher ein attraktiver Standort für eine Stadtteilgrundschule, zumal dann auch keine Wanderungen in die alte Staufenbergschule mehr nötig sind.

Ich konnte jetzt nur auf die kritischsten und umkämpftesten Standorte eingehen, aber auch an anderen Stellen werden sich Veränderungen ergeben. Wir sind sicher, dass überall an unseren Schulen trotz nachvollziehbarem Frust an einzelnen Stellen weiter engagiert und motiviert Schule gemacht wird für die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt und nicht zuletzt somit für die Zukunft unserer Stadt und wir gehen davon aus, dass es in Sachen Inklusion die nächsten Jahre auch voran geht. Wir werden sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, um das alles umzusetzen, wir werden sicher nicht das letzte

Mal über Schulentwicklung diskutiert haben und wir bleiben offen für Rückmeldungen, Kritik und Anregungen und bedanken uns für die Aufmerksamkeit .